

**No. 466      8. Februar 2008**

**1. Menschenrechte:**

- **Opfer des Massakers von El Chengue: „Wir wollen auf unser Land zurück kehren!“**
- **Gegen die tägliche Barbarei – ein Aufruf von Intellektuellen und BürgerInnen**

**2. Gastkolumnist: Die Kriegsethik**

**3. Kolumne von Alvaro Delgado: Wie denn?**

**Leitungsequipe:**

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz  
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

**Direktion:**

Natalia Rey

**Assistentin:**

Ana Lucia Rodriguez

**Redaktion:**

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camino Tamayo

**Gestaltung der Website:**

[www.actualidadcolombiana.org](http://www.actualidadcolombiana.org)

e-mail: [actualidadcolombiana@cinep.org.co](mailto:actualidadcolombiana@cinep.org.co)

**Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:**

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: [fachstelle.luzern@askonline.ch](mailto:fachstelle.luzern@askonline.ch) Internet: [www.askonline.ch](http://www.askonline.ch)

**1. Menschenrechte:**

**Opfer des Massakers von El Chengue: „Wir wollen auf unser Land zurück kehren!“**

*Die überlebenden Familien des Massakers von El Chengue im Dep. Sucre kehrten am 17. Januar 2008 in ihr Heimatdorf zurück, um den 7. Jahrestag eines der schlimmsten Massaker der Paramilitärs der AUC zu begehen.*

*Von Ricardo León Cruz, Instituto Popular de Capacitación IPC*

Freude über das Wiedersehen von Freunden und Familienangehörigen, welche man mehrere Jahre nicht mehr gesehen hatte, und gleichzeitig Trauer über die aktuelle Lage eines Dorfes, welches in der Verlassenheit versunken ist. Dies empfanden die überlebenden Familien des Massakers von El Chengue im Dep. Sucre, welche am 17. Januar 08 in ihr Heimatdorf zurück kehrten, um den 7. Jahrestag eines der schlimmsten Massaker der Paramilitärs der AUC zu begehen.

Es waren mindestens 3'000 Personen, Überlebende und BewohnerInnen der umliegenden Dörfer, welche in dieses Dorf in der Gemeinde Ovejas kamen und eine Hommage an die 27 von den Paramilitärs

des Blockes Héroes de los Montes de Maria (Helden der Berge von Maria) ermordeten Bauern erbrachten. Dieser paramilitärische Block war von Rodrigo Mercado Peluffo, alias „Cadena“ befehligt worden.

Es war eine schlichte aber würdige Feier, an der Vertreter der Departementsregierung von Sucre, der Bürgermeisterschaft von Ovejas, der Armee und der Opfer teilnahmen. Dort, auf einer improvisierten Bühne in den Ruinen des Dorfkerns, erinnerten Überlebende und Behörden in ihren Reden an die schmerzlichen Ereignisse vom 17. Januar 2001. In diesen Reden fehlte es nicht an Klagen, Forderungen und Anschuldigungen.

„Es kam ein Moment, an dem die Feier mehr von der Armee organisiert schien, als von uns selber, was eine ziemliche Spannung schuf. Zudem konnten wir in unserer Rede, die wir als Opfer ausarbeiteten, die Tatsache nicht übergehen, dass am Tag des Massakers die Paramilitärs ins Dorf einfielen, als ob sie hier zu Hause wären und viele Stunden hier blieben, ohne dass die Armee etwas unternommen hat. Dies obwohl 20 Minuten von hier ein ständiger Armeeposten war“, meinte Julia Meriño, eine der Überlebenden des Massakers. Julia war das erste Mal seit dem Massaker vor sieben Jahren wieder in ihr Dorf zurück gekehrt.

Doch nicht nur die historische Wahrheit verlangten die Überlebenden des Massakers. Marco Oviedo Meriño, Sprecher der Chengueros und Präsident der *Vereinigung der Opfer von Chengue 17. Januar*, der Bewegung, welche die Feier organisierte, klagte, dass im Verlaufe dieser sieben Jahre verschiedene Gemeindebehörden die humanitäre Hilfe politisiert und verschwendet haben, auf welche die Opfer ein Anrecht hätten. Dies habe dazu geführt, dass viele der 120 Familien, welche den Ort verlassen mussten, heute verstreut in den grössten Städten der Atlantikküste in ärmsten Bedingungen lebten.

Nach Marco Oviedo, der am Tag des Massakers gerade 16 Jahre alt war, haben politische Führungskräfte der Region die Opfer mehrfach mit der humanitären Hilfe erpresst und von ihnen verlangt, sie zu wählen. Erst dann würden sie die Opfer in die Einheitsliste der Sozialhilfe aufnehmen. „Dies haben wir bei den vergangenen Wahlen erlebt, als ein Kandidat für ein öffentliches Amt den Opfern sagte, dass er ihnen zu humanitärer Hilfe ver helfe, wenn sie ihn wählen würden.“

### **Vorschlag für eine Rückkehr**

Der Anlass diente auch dazu, dass die *Vereinigung der Opfer von Chengue 17. Januar* von den regionalen und Departementsbehörden die notwendige Unterstützung für einen „Rückkehrplan“ forderten.

„Unser Vorschlag besteht in der Lancierung eines Rückkehrplans auf fünf Jahre, wodurch alle, die von hier weg mussten, zurück kehren können. Dazu ist es nötig, dass der Staat uns eine Hand reicht, um die Zufahrtsstrasse zu verbessern, die öffentliche Grundversorgung zu installieren, einen Gesundheitsposten zu errichten und uns Kredite gibt, damit wir unsere Häuser wieder aufbauen und unser Land wieder zum Produzieren bringen können, denn dieser Boden ist vielleicht der fruchtbarste des ganzen Departements“, fügt Julia bei, die Sekretärin der Opfervereinigung.

Nach dem Massaker, bei dem die Bauern mit Macheten und Stöcken ermordet, das Dorf vollständig niedergebrannt und die Familien gezwungen wurden, alles zu verlassen, verwandelte sich El Chengue in ein Geisterdorf. Nur zehn Familien getrauten sich zwei Jahre später zurück zu kehren und sie überleben heute inmitten der absoluten Armut. Es gibt keine Arbeit, sie haben keine Grundversorgung, es gibt keinen Gesundheitsposten in der Nähe und erst in den kommenden Monaten soll ein Gemeinschaftsraum soweit eingerichtet werden, dass er als Schule dienen kann.

Dazu kommt, dass der einzige Zufahrtsweg zu einem Maultierpfad geworden ist. Das Unkraut hat das Dorf praktisch verschlungen und die Zeit hat die wenigen Häuser, die noch übrig geblieben waren, in Ruinen verwandelt.

Darum wurde die Hoffnung von Julia, erneut ihr Dorf zu sehen, in dem sie geboren wurde, aufgewachsen ist und während vieler Jahre gelebt hat, zu Trauer, nachdem sie dieses Panorama der Verlassenheit gesehen hatte. „Ich sah das Dorf sehr danieder, sehr zerstört. Das einzige, das von meinem

Haus blieb, ist das Dach. Es war ein sehr komisches Gefühl; einerseits die Freude, meine Leute wieder zu sehen, andererseits die grosse Trauer zu sehen, in welchem Zustand das Dorf ist.“

### **Arbeit für die Wahrheit**

Nach dem Anlass, bei dem Kränze niedergelegt und mehrere Bäume in Erinnerung an die Verschwundenen gepflanzt wurden, verpflichtete sich die Opfervereinigung ab jetzt immer am 17. Januar jedes Jahres eine Erinnerungsfeier zu organisieren, um so zur Wiedergewinnung des historischen Gedächtnisses beizutragen.

Ebenso will die Opfervereinigung, welche Ende 2007 gegründet wurde, einen „titanischen Kampf“ führen, um das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung einzufordern. Die Opfer spüren, dass ihnen im Verlauf dieser sieben vergangenen Jahre die Frage „Weshalb ist uns das geschehen?“ oft den Schlaf geraubt hat.

„Dies wäre für uns die beste Wiedergutmachung, wenn sie uns die Wahrheit sagen würden. Wir haben nicht viel Hoffnung auf Entschädigung durch die Regierung oder dass in unserem Fall Gerechtigkeit geübt wird. Darum geben wir uns als Opfervereinigung damit zufrieden, für uns selber zu arbeiten und mit anderen Organisationen oder anderen Ländern nach Mitteln zu suchen, um unsere Produktivprojekte zu realisieren“, meint Julia. Und sie sagt auch, dass trotz dem Schock, den sie an diesem 17. Januar 08 empfand, ihr Wunsch nach El Chengue zurück zu kehren jeden Tag stärker ist.

### **• Gegen die tägliche Barbarei – ein Aufruf von Intellektuellen und BürgerInnen**

*„Wir, Intellektuelle und fortschrittliche BürgerInnen, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet (...) möchten unseren Schmerz und unsere Scham gegenüber den Entführungen und dadurch auch gegenüber der humanitären Tragödie Kolumbiens zum Ausdruck bringen.“ – Die Erklärung ist auch in Englisch und Französisch abrufbar.*

#### **Aufruf nationaler und internationaler Intellektueller**

*Anmerkung: Diese Erklärung über die Entführung in Kolumbien wurde von den Professoren Leopoldo Múnera (Nationaluniversität Kolumbien), Matthieu de Nanteuil (Kath. Universität Löwen, Belgien) und Alfredo Gómez-Muller (Kath. Universität Paris) lanciert.*

„Wir, Intellektuelle und fortschrittliche BürgerInnen, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet, wünschen die Entstehung von Gemeinschaften, die frei jeder Form von Gewalt sind (politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller) und verteidigen das Recht der Völker, Alternativen gegenüber den Gefahren eines schrankenlosen Kapitalismus zu entwickeln. Wir lieben Kolumbien in dem wir jeden Tag leben; von wo wir geflohen sind; wo wir Freunde haben oder das wir nur aus der Ferne kennen. Wir alle möchten unseren Schmerz und unsere Scham zum Ausdruck zu bringen gegenüber den Entführungen und dadurch auch gegenüber der humanitären Tragödie Kolumbiens, welche die Zivilbevölkerung unterdrückt und die elementarsten Prinzipien der menschlichen Würde negiert.

1. Wir verurteilen die Praktik der Entführung absolut, wie sie von der FARC, anderen Guerillaorganisationen, den Paramilitärs, einigen Mitgliedern der Streitkräfte und gewöhnlichen Kriminellen verübt wird. Die Entführung ist allein schon ein abscheuliches Verbrechen, welches zur physischen Erschöpfung und zum sozialen Tod der betroffenen Personen führt. Aufgrund der ungesunden Bedingungen und der Intensivierung des Konfliktes werden die Entführten definitiv dem Tod ausgesetzt. Nichts, absolut nichts kann diese Praktik rechtfertigen. Ebenso wenig sind auch die anderen Verbrechen (Attentate, Drohungen, Morde, Massaker) zu rechtfertigen, die von illegalen bewaffneten Gruppen oder den Streitkräften und der Polizei gegen die Zivilbevölkerung verübt werden. Die ausschliesslich kriegerischen Strategien haben dazu geführt, ihr politisches Projekt und ihre anfängliche Ethik zu verlieren.

2. Wir verurteilen mit der gleichen Kraft die unverantwortliche und unakzeptable Haltung der kolumbianischen Regierung in Bezug auf: ihre Ablehnung der Anerkennung des bewaffneten Konfliktes und der damit verbundenen Anwendung des humanitären Völkerrechtes; das Leiden, welches durch die wiederholten Ankündigungen von militärischen Befreiungsaktionen bei den Familien der Entführten ausgelöst wird; die Beleidigungen und Anschuldigungen gegen die demokratische Opposition, wodurch diese zu einem potentiellen oder realen Ziel der paramilitärischen Gruppen wird; die stillschweigende Akzeptanz des Zusammenwirkens zwischen den Paramilitärs, den Drogenhändlern und politischen Führungsleuten in einem Kontext, in dem die Justiz unfähig ist, die Prinzipien der Wahrheit, der umfassenden Wiedergutmachung und die Garantie der Nicht-Wiederholung umzusetzen. Schlussendlich betonten wir das Scheitern der Politik der „demokratischen Sicherheit“, die unfähig ist, das Leben der sozial Schutzlosesten zu garantieren, und mit der versucht wird, alle Aktionen der Regierung mittels dem Rückgriff auf den „Krieg gegen den Terrorismus“ zu rechtfertigen.

3. Wir verurteilen zudem die Politik einiger Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Regierung der USA, welche mit dem „Plan Colombia“, dem „Plan Patriota“ und dem „Plan Consolidación“ der kolumbianischen Regierung die militärischen und finanziellen Mittel zur Weiterführung eines Krieges liefert, welcher alle Grenzen der Unmenschlichkeit überschritten hat. Die Europäische Union ihrerseits hört nicht auf, die Augen gegenüber dieser humanitären Tragödie zu verschliessen, dies im Namen wirtschaftlicher Interessen, die nicht öffentlich diskutiert werden, so wie es in den letzten Tagen bei den Verhandlungen mit der Andengemeinschaft geschah. Die humanitäre Krise Kolumbiens verewigt sich, wie die Berichte der UNO-Menschenrechtskommission zeigen. Ist es notwendig, daran zu erinnern, dass Kolumbien mehr als 3'000 Entführte hat – von denen etwas weniger als ein Drittel von der FARC festgehalten werden<sup>1</sup> - 30'000 Menschen gewaltsam zum Verschwinden gebracht worden sind – insbesondere von paramilitärischen Gruppen<sup>2</sup> - und 3,9 Millionen Menschen vertrieben wurden? Muss man daran erinnern, dass Kolumbien zusammen mit dem Sudan weltweit die grösste Zahl von intern Vertriebenen hat, 60% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt und soziale und kulturelle Ungerechtigkeiten herrschen, die unerträglich sind?

Aus diesen Gründen rufen wir zu einer sofortigen Mobilisierung aller demokratischer Stimmen auf, in Kolumbien, Lateinamerika, in der Europäischen Union und in den USA, um zur Freilassung der Entführten und zu einem humanitären Abkommen beizutragen, notwendige Etappen zum Aufbau einer gewaltfreien Verhandlungslösung des bewaffneten Konfliktes. Mit dieser Absicht verlangen wir öffentlich:

1. Dass die FARC sofort und bedingungslos alle zivilen Entführten freilässt, die sich in ihrer Macht befinden, egal ob politische oder wirtschaftliche Motive hinter der Entführung stehen. Es ist notwendig klar zu stellen, dass für Entführte aus wirtschaftlichen oder politischen Motiven keinerlei Gegenleistung gefordert werden kann und sie auch nicht Gegenstand eines humanitären Austausches sein können, wie dies bei Kombattanten der Fall ist. Für ihr Leben sind allein die Entführer verantwortlich. Gegenüber dem Schmerz der Familienangehörigen der Entführten müssen die FARC eine minimale Kohärenz mit ihren politischen und ethischen Vorschlägen zeigen und die Bedingungen für die Freilassung schaffen. Geschieht dies nicht, verliert der Kampf jeden Sinn. Wenn bis jetzt angenommen wurde, dass diese Geste eine Gegenleistung zum humanitären Austausch sein soll, so meinen wir, dass diese Geste dem humanitären Austausch vorangehen soll. Die Videos und die jüngsten Briefe der politischen Entführten sind ein verzweifelter Schrei nach sofortigen Massnahmen. Diese Forderung nach bedingungsloser Freilassung richten wir an alle Verantwortlichen von Entführungen.

2. Die Regierung soll eine vergleichbare Geste der Verantwortung machen und konsequenterweise definitiv die Hypothese einer militärischen Befreiung fallen lassen und so die Basis für ein humanitäres Abkommen schaffen, das den sofortigen Austausch von Gefangenen (inhaftierte Guerilleros gegen

---

<sup>1</sup> Quelle: Voces del Secuestro

<sup>2</sup> Die Verschwundenen sind Menschen, welche brutal aus ihrem Alltagsleben verschleppt und meist gefoltert wurden und deren Körper nicht den Familien zurück gegeben wurden. Über Nach ausgelöscht aus der Gesellschaft, sind sie Opfer einer doppelten Negierung: Einerseits durch die existierende Macht, welche diese Realität negiert; andererseits durch die internationale öffentliche Meinung, welche keine Kenntnis dieser Situation hat. Quelle: FIDH.

entführte Polizisten und Militärs) erlaubt. Diesbezüglich gilt es die rechtliche und ethische Logik eines solchen Abkommens zu unterstreichen: Im Rahmen des Internationalen Rechts wird auf friedliche Weise in einer bestimmten Zeit versucht, während des Krieges den Austausch von Gefangenen zu vereinbaren. Dies bedeutet die Einführung einer Logik der Gewaltfreiheit innerhalb einer Situation struktureller Gewalt. Um dieses Ziel zu erreichen, soll keine von den Konfliktparteien und der Gesellschaft vorgeschlagene Alternative ignoriert werden und die Verhandlung für die Freilassung der Entführten soll nicht weiter taktischen Spielen der Konfliktparteien inmitten von Kriegsstrategien unterworfen sein.

3. Die internationale Gemeinschaft soll ein wirkliches Engagement für den Frieden und die Menschenrechte in Kolumbien zeigen. Wir richten daher drei spezifische Forderungen an sie: Die unwiderrufbare Weiterführung des UN-Menschenrechtsbüros in Kolumbien und die Stärkung seiner Handlungsmöglichkeiten; die Entsendung eines ständigen Delegierten der Europäischen Union, der die Arbeit der europäischen Diplomatie in Bezug auf ein humanitäres Abkommen verstärken soll; die Entwicklung verschiedener Mechanismen, welche den kolumbianischen Staat verpflichten, effektive Garantien den Organisationen zu bieten, welche Klagen bei dem Interamerikanischen Menschenrechtshof eingereicht haben und dafür zu sorgen, dass ein fairer Prozess möglich ist. Diese Elemente sollen als erste Schritte zum Aufbau eines völlig unabhängigen Justizsystems betrachtet werden, das fähig ist, den von den Konfliktparteien verübten Verbrechen ein Ende zu setzen und auf die Forderungen der Opferorganisationen in Bezug auf die Anerkennung des unveräußerlichen Rechtes auf Wahrheit, umfassende Wiedergutmachung und die Garantie der Nicht-Wiederholung der Verbrechen einzugehen. Es obliegt dem kolumbianischen Volk den politischen Weg zu bestimmen, welcher zu sozialer Gerechtigkeit führt und zur Ablehnung der verschiedenen Formen der Gewalt im Land.

Unter den bekannt gewordenen Lebenszeichen der Entführten hat eines unsere besondere Aufmerksamkeit geweckt: jenes von Ingrid Betancourt, das an ihre Mutter gerichtet ist. Es ist eine erschütternde Botschaft aufgrund der Mischung von Intimität und Universalität, von Erschöpfung und moralischem Widerstand. Ihre Worte sind das verbindende Glied zwischen den anonymen Opfern und dem Rest der Welt. Ingrid Betancourt zitiert darin Albert Camus. Um ihren Worten eine Weite zu geben, zitiert sie den Autor von *Der Fremde*: „Die totalitäre Tyrannei wird nicht auf den Tugenden der Totalitären errichtet, sondern auf den Fehlern der Liberalen.“ (Albert Camus, Actuelles)

Das Gesicht der Entführten und der Opfer der anderen abscheulichen Verbrechen ist das spektakuläre Bild unserer Untätigkeit. Wenn die Idee der Menschlichkeit für uns noch einen Sinn hat, dann müssen wir den Verlauf der Ereignisse in Kolumbien radikal ändern.

*Anmerkung: Diese Erklärung wurde von mehr als 80 Personen unterzeichnet. Darunter von Juan Gelman, Boaventura de Sousa Santos, Michel Serres, François Houtart, Mirta Clara, Victor Montcayo, Alfredo Molano, Juan Manuel Roca, Eira Stemberg, Gunnar Svensson, Alberto Rodriguez Tosca.*

## **2. Gastkolumnist: Die Kriegsethik**

*Leopoldo Múnera, Professor an der Nationaluniversität, machte Kolumbien-aktuell einen Brief zugänglich, den er an den Kolumnisten der Zeitung El Tiempo, Mauricio García Villegas, gerichtet hatte. In dem Brief erläutert Múnera seine Differenzen zu einer Kolumne von García, welche dieser am 5. Februar veröffentlicht hatte, wie auch in Bezug auf die Kundgebung vom 4. Februar allgemein.*

*Von Leopoldo Múnera, Professor für Recht, Politik- und Sozialwissenschaft der Nationaluniversität*

Mauricio, ich habe deinen Artikel vom 5. Februar 2008 in El Tiempo gelesen. Ich schreibe dir, um dir zu erklären, weshalb ich nicht mit dir einverstanden bin und warum ich auch nicht einverstanden bin mit jenen, die gegen die abscheulichen Verbrechen der Paramilitärs protestieren, aber zu den Verbrechen der Guerilla schweigen; so werden die Täter bei ihrem Namen genannt. Ich möchte diese Reflexion auch mit Rodrigo teilen, mit anderen Freunden und mit meiner Tochter.

Im Spiel zwischen Freund und Feind, das dem Krieg eigen ist, gibt es eine parteiische Ethik, welche Schmitt vertritt. Nach dieser Ethik sind die abscheulichen Taten des Feindes zu verurteilen, aber jene der Freunde zu rechtfertigen, denn in der bipolaren Logik verfolgen diese ein objektiv gerechtes Ziel. Den Feind gilt es zu benennen, um ihn physisch oder symbolisch zu vernichten. Den Freund gilt es unter allen Umständen zu schützen, um die Sache, die als legitim betrachtet wird, nicht zu schwächen. Während vieler Jahre hat die Linke und die Menschenrechtsorganisationen sich so verhalten, haben wir uns so verhalten, indem wir implizit oder explizit dieses Argument geteilt haben. Und während unserer ganzen Geschichte haben die wirtschaftlichen, sozialen und politisch dominanten Eliten des Landes dieses Argument verfochten und genutzt, offen oder versteckt inmitten des offiziellen Diskurses. 1813 nutzte es Bolívar gegen die Spanier, ohne minimale ethische Schranken und löste ein Gemetzel mit allen möglichen Waffen aus, insbesondere mit Macheten. Dies dauerte bis 1820. In der gleichen Weise setzten die Spanier dieses Argument bei der Rückeroberung ein, wodurch die Wut der Kreolen sich über das ganze Land verteilte. Die Vorherrschaft dieser Kriegsethik macht keine Grenze zwischen Rechts und Links, wie du es in deinem Artikel aufzuzeigen versuchst. Der Unterschied liegt in Kriegsethik versus Zivilethik.

Bei den riesigen Kundgebungen von gestern, ich würde gar sagen, bei der Mehrheit der Marschierenden von gestern und bei den Massenmedien, herrschte eine Kriegsethik vor, die sie nicht als Zivilethik ausgeben können. Doch es war glücklicherweise nicht die einzige. Denn es fehlte genau eine ethische Übereinstimmung, ein zivilgesellschaftlicher Konsens, von dem aus ohne Unterschied die abscheulichen Verbrechen aller Täter verurteilt würden. Die Mehrheit der Personen, welche gestern marschierten (ich beharre: die Mehrheit, nicht alle Personen, eine gute Gruppe marschierte motiviert aus Gründen wie die deinen oder ähnlichen Gründen und viele von ihnen, so wie du, haben in den letzten Jahren eine klare ethische Haltung gegenüber allen abscheulichen Verbrechen gezeigt, ohne Unterschied) wollten Schweigen gegenüber den anderen abscheulichen Verbrechen und gegenüber anderen Tätern wahren und haben mehrheitlich für einen Präsidenten gestimmt, der nicht nur den Krieg im Land intensiviert, sondern auch die Menschenrechte mit einer ganz klaren Kriegsethik manipuliert hat. Darum sehe ich den Marsch nicht als eine Stärkung der Zivilgesellschaft, sondern als einen Schritt mehr in der kriegerischen Polarisierung, welche unser Land zerstört. Die Eliminierung des Feindes, in diesem Fall der FARC oder jener, die durch den Regierungsdiskurs und den Diskurs der Medien mit der FARC in Verbindung gebracht werden, bedeutet keinen Prozess in Richtung auf eine einschliessende Zivilgesellschaft, wie es ein Friedensprozess bedeuten würde, welcher unsere humanitäre Krise umfassend lösen und erlauben würde, dass der Andere, der Feind, eine andere Gesellschaft mit aufbauen könnte, ohne zu Gewalt zu greifen und ohne von seiner rechtlichen und politischen Verantwortung für seine abscheulichen Verbrechen losgesprochen zu werden.

Ich marschierte nicht. Und ich werde unter den gleichen Umständen wiederum nicht marschieren. Mir scheint, dass die Zwiespältigkeiten jener, welche ihre Teilnahme an Bedingungen knüpften, nur Verwirrung schaffen und auf politischem Kalkül oder auf Ungewissheiten oder ethischen Verwirrungen beruhen, alles sehr verständlich in einem Land wie dem unseren. Ich verstehe ganz genau, dass der Marsch ein allgemeines Gefühl der Ablehnung der Aktionen der FARC und der von ihr verübten abscheulichen Verbrechen zum Ausdruck brachte. Ich teile diese Ablehnung, ohne Wenn und Aber und ohne ethische Vorbehalte. Darum relativiere ich meine Ablehnung nicht, noch rechtfertige ich die abscheulichen Verbrechen der FARC mit den abscheulichen Verbrechen der Paramilitärs, der Armee oder der sogenannten gewöhnlichen Kriminalität. Dies ist eine Annahme in deinem Artikel, die ich nicht teile und welche die diskursive Haltung jener karikiert, die nicht mit dir einverstanden sind. Gleichzeitig möchte ich bei keiner Erklärung mitmachen, oder bei keinem Marsch und in keinem Protestakt, der in der Kriegsethik inspiriert ist, welche die abscheulichen Verbrechen der Freunde rechtfertigt und jene der Feinde verurteilt. Diese Art von Akten stärken die kriegerische Gesellschaft, nicht die Zivilgesellschaft. Sie stärken den Bürger-Soldaten, nicht den politischen Bürger, welcher bereit ist, das Land auf der Grundlage einiger gemeinsamer ethischer Minimalstandards aufzubauen.

Wie immer und inmitten meiner Diskrepanz mit dir, schicke ich dir eine Umarmung, Leopoldo.

### 3.Kolumne von Alvaro Delgado: Wie denn?

*Präsident Uribe reist um die Welt und verkündet in seinem Land sei der Paramilitarismus zu Ende. Jetzt sei die Stunde der „Far“ (FARC) gekommen, wie er seinen Feind nennt, und ihn selbst über das Wort kleiner zu machen versucht. Etwas ganz anderes denkt, wer den Konflikt beobachtet und die Leute konsultiert, die ihn erleiden.*

*Von Alvaro Delgado, Forscher am CINEP*

In einer erfrischenden und überzeugenden Arbeit in der Zeitschrift *Controversia* des CINEP zeigen Juan Diego Restrepo und Liliana Franco, zwei Forscher des IPC in Medellin, uns und Fremden die Entstehung und Ausweitung der neuen paramilitärischen Gruppen in Kolumbien und die Unwahrheit auf, welche die Regierung über das vermeintliche Verschwinden des Paramilitarismus verbreitet. Sein Verschwinden sei mit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung und der AUC im Juli 2003 besiegelt worden.

Bereits im März 2006 registrierte die Unterstützungsmission des Friedensprozesses in Kolumbien, welche von der Organisation Amerikanischer Staaten OAS (MAPP/OEA) gebildet worden war, die Neugruppierung von Demobilisierten Paramilitärs in Verbrecherbanden, welche über bestimmte Gemeinden und illegale Ökonomien die Kontrolle ausübten. Ebenso registrierte sie die Existenz von nicht demobilisierten bewaffneten Gruppen und das Auftauchen von neuen bewaffneten Akteuren oder die Erstarkung von einigen bereits präsenten Akteuren in Gebieten, aus denen sich die Demobilisierten zurück gezogen hatten. Im Februar 2007 bekräftigte die MAPP/OEA „22 Strukturen identifiziert zu haben, in denen sich zum Teil demobilisierte mittlere Kader befinden; die Rekrutierung von Ex-Kombattanten der AUC und die Kontrolle von illegalen Ökonomien“. Im Juli 2007 fasste die MAPP/OEA die offensichtlichen Wechsel in den sogenannten „sich neu formierenden Gruppen“ wie folgt zusammen: „1. Die Entstehung von Allianzen und Zusammenschlüssen unter bestimmten Führungsleuten; 2. geheime Führungsstrukturen; 3. Rekrutierung und hohe Mobilität der Demobilisierten; 4. Anpassung und Flexibilität des modus operandi der neuen illegalen Strukturen; 5. Beeinträchtigung der Bevölkerung und von verletzlichen Gemeinschaften: Kinder, Frauen, AfrokolumbianerInnen und Indigenas; 6. Vereinnahmung durch Strukturen des Drogenhandels in Gebieten, welche von den Paramilitärs verlassen wurden.“

Die Interpretation von Regierung und Armee ist selbstverständlich eine ganz andere. Für sie ist es ein neues Phänomen, das sie „aufkommende Verbrecherbanden im Dienste des Drogenhandels“ nennen. Diese Banden „werden in vielen Fällen von der FARC in Dienst genommen und in anderen Fällen sind sie das Ergebnis der Rekrutierung durch die Drogenhändler, um so ihre privaten Sicherheitsgruppen zu bilden, insbesondere in Gebieten, wo illegaler Drogenanbau betrieben wird“.

Die Regierungsthese geht von der Annahme aus, dass die graduelle und kollektive Demobilisierung von 31'671 Paramilitärs das Ende der paramilitärischen Verbände bedeutet. Präsident Uribe meint, dass „man nicht mehr von Paramilitarismus sprechen soll“. Die Wahrheit scheint jedoch anders zu sein: Der „Friedensprozess“ mit den AUC „definiert viel mehr einen Prozess der paramilitärischen Reorganisation, welche deren Funktionen und Ziele bei der Aufstandsbekämpfung beibehält und die wirtschaftlichen Ziele durchsetzbar zu machen versucht, welche sich einige Kreise dieser grossen Koalition gesetzt haben, welche sich im Verlaufe des Krieges gebildet hat“. Die Arbeit des IPC versteht den kolumbianischen Paramilitarismus als eine „Form der Dezentralisierung des Gewaltmonopols und infolgedessen als eine Form der Staatsintervention (...) Der Staat entschliesst sich im Innern seiner Grenzen die Abschreckungsfähigkeiten von nicht-staatlichen Akteuren auszubeuten, wozu er zu ihren Gunsten die Restriktionen über Aktivitäten und Gewinne auf ein Mindestmass zurückschraubt. Dies ist eine Form, sie zu ermuntern, die Risiken des Krieges auf sich zu nehmen. Teil dieser Abschaffung von Restriktionen kann in Bezug auf die Vermeidung von systematischer Strafverfolgung sein, die Schaffung einer moralischen Rechtfertigung für deren Aktionen, das Nicht-Verhindern der Bereicherung auf der Grundlage von Beute oder Enteignungen und selbst die Entwicklung von illegalen Ökonomien. Es geht darum, ihnen für politische und wirtschaftliche Ziele eine gewisse Freiheit zu geben, um so die Kosten der Verantwortlichkeit zu reduzieren“. Sei es direkt oder indirekt, die Beziehungen dieser privaten bewaffneten Gruppen mit dem Staat verschwinden nicht.

Die Errichtung von Rückzugsgebieten hat das Ziel, über eine ausreichende Macht zu verfügen, um die Einhaltung der Abmachungen mit der nationalen Regierung zu erzwingen, geheime Abkommen, die in die alleinige Hoheit des Präsidenten fallen und die Einforderung der Aufrechterhaltung der Machtmittel als Garantie: rechtliche Sicherheit in Bezug auf die Aufhebung der Auslieferung, die Anerkennung eines politischen Status und die Anwendung des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden in der Weise, wie es vor dem Urteil des Verfassungsgerichtes (dieses lehnte es ab, den Paramilitärs politischen Status anzuerkennen), spezielle Haftbedingungen und politische Garantien und Prozessgarantien.

Zudem scheinen die Zahlen zur Demobilisierung nicht aufzugehen. „Die Regierung machte eine Zählung jener, die Waffen trugen, doch nie über unsere unbewaffneten Helfer“, meinte gegenüber der Zeitschrift Semana ein paramilitärischer Chef. „Doch das Land ist darüber erstaunt. Ich möchte mir die Dimension der Überraschung gar nicht vorstellen, wenn man wüsste, dass eine grosse Zahl von Milizionären der AUC sich nicht demobilisieren wollte, denn das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden lädt nicht zu einer Demobilisierung ein, welche erlauben würde zu wissen, wie gross die AUC in Wirklichkeit waren.“ Und tatsächlich, die rund 31'000 Demobilisierten gaben bloss 18'051 Waffen ab, viele davon völlig unbrauchbar. Die Chefs der Paramilitärs führen an, dass bei den Demobilisierungen Nicht-Kombattanten teilgenommen hätten und das Verhältnis ein Bewaffneter auf fünf Unbewaffnete war. Daraus zieht das IPC richtigerweise folgenden Schluss: „Wenn man vom ersten Argument ausgeht und man ein Mann – eine Waffe gleichsetzt, so waren 43% der Demobilisierten keine Kombattanten (13'620). Wenn man aber das Verhältnis fünf Männer auf eine Waffe annimmt, ergibt dies einen anderen Widerspruch, denn dann hätten sich rund 95'255 Personen demobilisieren müssen.“

Doch dies scheint nicht das Grundlegende zu sein, sondern etwas anderes: Was machte diesen Moment der Reorganisation des Paramilitarismus möglich? „Wenn wir davon ausgehen, dass sich die Struktur des bewaffneten Konfliktes nicht verändert hat, oder in anderen Worten, dass der interne Krieg weiter geht, kann man die Hypothese aufstellen, dass die Erschöpfung einer Phase der Eskalation, verbunden mit dem Kampf um die territoriale Herrschaft und die Legitimität, eine Etappe der militärischen Reorganisation möglich machte. Dies wird durch die Demobilisierung eines Teils der illegalen Strukturen und das Fortdauern von bewaffneten Gruppen unter neuen Bezeichnungen deutlich.“ Dies ist die zentrale These der Forschung des IPC.

Der jetzige wirtschaftliche Moment lässt für den Paramilitarismus die Fortführung der Abschöpfung von Staatsrenten, den illegalen Drogenhandel und viele weitere Geschäfte zu. Aus diesem Grund sind Teile der Nachfolger, unter der Form von kleinen militärischen Einheiten, zusammengesetzt aus Nicht-Demobilisierten, zurückgekehrten Ex-Kombattanten und neuen Kombattanten, mehr auf die „Verwaltung von Geschäften“ ihrer Kommandanten und weniger auf die Aufstandsbekämpfung konzentriert. Diese hört damit jedoch nicht auf, sondern findet einen neuen Ausdruck in Drohungen und selektiven Morden an ihren politischen Feinden.

Mit dem Anstieg des Krieges erreichte man die Zurückdrängung der Aufständischen und deren militärischen Rückzug, jedoch nicht deren Niederlage. Die paramilitärischen Chefs sehen die Errichtung von territorialer Kontrolle und von „befreiten Zonen“ als ihren Erfolg, wie auch die militärische Schwächung des ELN und das Heranreifen einer militärischen Gewalt mit intakter Schlagkraft. Doch es gibt einen vierten Erfolg, vielleicht der entscheidendste: Mittels der Angst wurde ein grosser Teil der Gesellschaft, welcher für kollektive Rechte kämpfte oder politische Opposition ausübte, diszipliniert. Der Terror von heute und die Erinnerung an den Terror von gestern haben zur Auflösung kollektiver Beziehungen beigetragen, zur Transformation der gemeinschaftlichen Subjekte und „zur zeitlichen Verlängerung des Bestrafungseffekts und der Repression“. Dies so sehr, dass die Überlebenden und Zeugen der Tragödie „mehr auf die Bewahrung ihres Lebens achten, als auf irgend etwas anderes“.